

12. JAN. 1962



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/1 - 2. Januar 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a

Steine auf dem Wege nach Europa  
Zu den Schwierigkeiten innerhalb  
der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

67

2 - 4

Moskaus Bäume wachsen wieder nicht in den Himmel  
Siege und Niederlagen auf der UNO-Generalversammlung  
halten sich die Waage  
Von unseren Korrespondenten in den USA

121

5

Konferenz für Salazar  
Zum Putsch in Portugal  
Von Eberhard Dingels

38

6 - 7

Antieuropäisches Paragrafengestrüpp  
Die "Allgemeine Zollordnung" -  
kleinlich, bürokratisch, antisozial

45

7

Ulbrichts Offenbarungswald  
Ein aufschlussreiches Eingeständnis

30

\* \* \* \*

\* \* \*

Steine auf dem Weg nach Europa

sp - Die Schwierigkeiten, die bei den Agrarverhandlungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auftauchten, kamen zwar nicht unerwartet, erweisen sich aber als eine harte Nuss, die aufzubrechen bisher noch nicht gelang. Bei den Beratungen des EWG-Ministerrates in Brüssel ging es ziemlich turbulent zu und ob die ausserordentliche Sitzung des Bonner Kabinetts, einberufen von Vizekanzler Erhard, der in Brüssel die Verhandlungen leitete, die erlösende Kompromissformel bringen wird, bleibt wohl noch abzuwarten.

Worum geht es? Geht es tatsächlich um die Rolle der Landwirtschaft innerhalb der EWG, um den Beginn der zweiten Phase, die am ersten Januar dieses Jahres in Kraft treten sollte? Die heftigsten Widerstände kommen dabei von Frankreich, das wünscht, dass alle Europäer die französischen Agrarüberschüsse gemeinsam finanzieren sollen. Aber auch innerhalb der deutschen Landwirtschaft gibt es Sorgen und mächtige beharrliche Tendenzen. Viele Landwirte sehen mit Sorgen der Einbeziehung der Agrarwirtschaft in den europäischen Markt entgegen. Gewiss, diese Sorgen verdienen Prüfung, aber alle Zögernden sollten auch das Wort des Bundespräsidenten Lübke, selbst ein Mann der Landwirtschaft, beachten, der in seiner wohlhabengewogenen Sylvestersprache den deutschen Bauern zurief, mehr Mut und Selbstvertrauen zu zeigen. Was die deutsche Landwirtschaft nach 1945 leistete, gibt in der Tat für Pessimismus keinen Anlass. Sie hat, um mit den Worten Lübkes zu sprechen, ihre ausserordentliche Anpassungsfähigkeit bewiesen, sie konnte die Qualität ihrer Produkte erhöhen und die Arbeitsproduktivität wesentlich steigern. In vielen Bereichen hält sie einen Vergleich mit der hochentwickeltesten Landwirtschaft etwa Hollands und Dänemarks aus.

Noch eine andere Mahnung des Bundespräsidenten ist hervorzuheben: die Mahnung, niemand möge vergessen, dass das Schicksal des freien Bauerntums genau wie das aller übrigen Deutschen schliesslich davon abhängt, "ob es uns gemeinsam mit den Kräften unserer Verbündeten gelingt, uns gegen den Kommunismus zu schützen. Freie Bauern - das zeigt uns ein Blick über die Zonengrenze - gibt es nur in einer Welt, in der die Freiheit alle Lebensbereiche umfasst."

2. Januar 1961

Mehr Mut und Selbstvertrauen ist in der Tat den Regierungen, die sich in den Römischen Verträgen zum Bau Europas verpflichtet haben, zu wünschen. Der europäische Gedanke würde schweren Schaden nehmen, käme es zum Stillstand oder gar zum Rückschritt in der Integration des freien Teils unseres Kontinents, weil man die Agrarfragen nicht ordnen zu können glaubt. Die Leucht- und Ausstrahlungskraft des europäischen Gedankens ist eine der positiven, in die Zukunft weisenden Erscheinungen unserer vor Unsicherheit und Unruhe erfüllten Zeit. Grossbritannien, Dänemark, Island haben sich bereiterklärt zum Eintritt in die EWG, andere Länder dürften folgen. Sie wissen, dass sie isoliert der Herausforderung des Kommunismus, die ja auch und vielleicht in erster Linie eine wirtschaftliche Herausforderung ist, nicht widerstehen könnten. Sie sind bereit, gewisse nationale Souveränitätsrechte einer europäischen Gemeinschaft zu übertragen. Es wäre geradezu widersinnig, würde diese Bereitschaft nicht zum Zuge kommen, weil nationale Sonderinteressen innerhalb der EWG und das Unvermögen, Gruppeninteressen einzuordnen, sich als stärker erweisen. Der Ministerrat der EWG-Staaten ist in diesem Zusammenhang zu fragen: Will er vor den unvermeidlichen Schwierigkeiten kapitulieren und damit sich am Geist der Römischen Verträge versündigen? Ist vielleicht im Hintergrund die von manchen Kräften befürwortete Fernhaltung Grossbritanniens und anderer Länder von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ausschlaggebend für den künftigen Kurs der EWG? Das wäre ein europäisches Unglück erster Grössenordnung und den Gewinn trüge der sowjetische Imperialismus davon.

Die Bildung der EWG war und ist eines der hoffnungsvollsten Unternehmen, Europa durch die Überwindung des Nationalismus und des "Schreibergartendenkens" den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts anzupassen. Kühnheit, Wagemut und die Vision eines Europa, das seinen Platz zwischen den Weltmächten behauptet, standen dabei Pate. Beträchtliche Erfolge wurden erzielt, eine viele Erwartungen übertreffende dynamische Entwicklung eingeleitet. Diese Entwicklung nun durch Schwierigkeiten und Hemmnisse in der Agrarfrage stoppen zu lassen, hiessse das Einigungswerk um Jahre zurückzuschrauben. Alle hätten davon nur Nachteile.

Moskaus Bäume wachsen wieder nicht in den Himmel

Von unserem Korrespondenten in den USA

Am Tage nach dem vorläufigen Abschluß der Plenarversammlung der "Vereinten Nationen" - die sich, wie üblich, am 20. Dezember über die Feiertage vertagte, um dann vom 15. Januar ab ihre noch unerledigten Geschäfte abzuwickeln - saß der Schreiber dieser Zeilen auf Pressekonferenzen erst dem amerikanischen Delegierten bei der Weltorganisation, Adlai Stevenson, und dann, wenige Minuten später, dem indischen Verteidigungsminister und Hauptsprecher bei der UNO, Krishna Menon, gegenüber. Der erste bestätigte rund heraus, daß Indiens Aktion in Goa "Aggression" gewesen war, und daß, ganz gleich wie man zu der unbestritten rückschrittlichen portugiesischen Kolonialpolitik stehen mag, die Anwendung von Gewalt und der Bruch von Recht und Frieden niemals verziehen werden kann. - während der andere sich krampfhaft bemühte, den trostlosen Eindruck, den Indiens Rechtsbruch auf die Welt gemacht hat, zu verwischen und zu entschuldigen und alle Schuld auf Portugal abzuwälzen ("Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuldig"). Freilich lehnte Menon ab, über "seinen" Fall Goa hinauszugehen; er weigerte sich, der geplanten oder gefürchteten parallelen Gewaltaktion von Indonesien gegen Holländisch-Neu-Guinea im voraus zuzustimmen und sie als rechtmäßig zu erklären. Wenn man so will, sprach also aus ihm doch eine Spur schlechtes Gewissen.

Der Fall Goa hatte an sich mit der Arbeit der jährlichen Plenarversammlung der Weltorganisation, die am Tage nach dem dramatischen Tode Dag Hammarskjölds zusammentrat, nichts zu tun, - aber das russische Veto im Sicherheitsrat zugunsten Indiens und die drei ebenfalls zugunsten Indiens im Sicherheitsrat abgegebenen Stimmen der afro-asiatischen Ratsmitglieder Ceylon, Ägypten und Liberia mit der Schlussfolgerung, daß eine anti-koloniale Macht immer recht hat, ganz gleich welche unethischen Mittel sie benutzt, warfen doch einen düsteren Schatten auf das Gesamtwerk der Vollversammlung. Die Amerikaner, die bei aller Verurteilung der portugiesischen Kolonialpolitik sich in diesem Fall doch auf die Seite des Rechtsschutzes gestellt hatten, verzichteten dann auch darauf, den Fall Goa noch einmal vor dem Plenum aufzurollen, obwohl es ja dort kein Vetorecht der Großmächte gibt: sie sahen ein, daß in kolonialen Fragen der afro-asiatische Block, verstärkt um den Sowjetblock, jeden ihrer Interessen zuwiderlaufenden Beschluß vereiteln würde, unabhängig von der Rechtslage.

Der afro-asiatische Block ist keine Eikeit

Aber diese deprimierende Erkenntnis hilft doch gleichzeitig, eine andere und sehr viel positivere herauszustreichen. Denn in allen anderen Fragen, d.h. in Fragen, in denen es sich nicht um Kolonialprobleme handelt, stand der afro-asiatische Block niemals als Eikeit da; - in

Gegenteil, seine große Mehrheit weigerte sich beharrlich, blindlings das "Grüne Licht" für das Freie-Fahrt-Signal zu geben. Viele dieser jungen Staaten Asiens und Afrikas zeigten sich willig, bei kritischen Abstimmungen der Pankle der Freiheit zu folgen, und andere scheuten nicht davor zurück, sich von einigen Mitgliedern ihres eigenen "Blocks" deutlich zu distanzieren. So stimmten bei der Behandlung des Problems der arabischen Flüchtlinge aus Palästina viele Länder der westafrikanischen "Brazzaville-Gruppe" für Israel und gegen die arabischen Länder, wobei es sogar zu bitteren Beschuldigungen in der Debatte kam: ein schwarzer Afrikaner von Niger nannte den besonders aggressiv anti-israelischen Botschafter von Saudi-Arabien, Dr. Skukairy, einen "Sklavenhändler", weil es ja in Saudi-Arabien immer noch Negerklaven gibt.

Politisch folgenreicher als dieser Zwischenfall war das Verhalten der Versammlung in der kritischen Frage der Nachfolge von Dag Hammarskjöld, in der die Russen mit ihrem Versuch, die "Troika"-Formel durchzusetzen oder wenigstens dem Nachfolger U Thant das Gleichgewicht eines russischen Vetos über seine Handlungen anzuhängen, gänzlich isoliert blieben, - sodaß sie schließlich die Waffen streckten. Sie taten das gleiche auch noch in anderen Fällen, wenn sie sich isoliert sahen: sie machten gute Miene zum bösen Spiel, als sie schließlich der Mandatsverneuerung für die lange von ihnen sabotierte Abrüstungskommission zustimmten und ebenso auch ihren langen Widerstand gegen die Einsetzung einer "Weltraumkommission" aufgaben. Diese neue Weltraumkommission, die versuchen will, etwas Ordnung in das Chaos des Universums zu bringen, erhielt sogleich zwei Mandate von vermutlich weitreichender Bedeutung: erstens wurde erklärt, daß es im Weltraum keine nationale Souveränitäten (also z.B. Kolonialegentum eines Landes am Mond) geben können, und zweitens wurde die "Verlängerung" des auf Erden geltenden Völkerrechts unbegrenzt in den Weltraum hinein dekretiert. Beides sind neue Rechtsätze, für die die freien Länder sich lange eingesetzt haben, und die man als große Erfolge buchen darf.

#### Überspielte Sowjetunion

Überaus nachhaltig wurde die Sowjetunion in der alten und leidenschaftlichen Streitfrage der Zulassung von Rot-China in die Weltorganisation geschlagen. Moskau hatte seinen Vorstoß so formuliert, daß man Rot-China einlassen und zugleich die Formosa-Regierung Tschiang-Kai-Scheks hinauswerfen solle, - und dieser Wunsch wurde mit größerer Mehrheit abgelehnt, als jedermann erwartet hatte. Ein einwärtiger und reali-

etischer Kompromiß - Zulassung Rot-Chinas, aber Beibehaltung eines Sitzes für Formosa, also die "Zwei-China"-Formel - wäre vermutlich angenommen worden; wenigstens sprechen sich viele Afro-Asiaten und auch mehrere Länder des Westens dafür aus. Und überspielt wurde die Sowjetunion endlich auch in der heiklen Finanzfrage, der Budgetkrise der Weltorganisation als Folge der unbezahlten Rechnungen für die Militäraktion im Kongo. Eine Anleihe im Gesamtwert von 200 Millionen Dollar wurde (gegen die Stimmen des Sowjetblocks) beschlossen; die kommunistischen Länder und einige andere, die der Kongoaktion bisher ihre Zahlungen verweigert hatten, werden diese Anleihe wohl kaum zeichnen, aber Amortisierung und Zinsendienst der Anleihe werden in das jährlich regelmäßige Budget der Weltorganisation aufgenommen, - und darn können sich die Russen nicht mehr vor der Zahlung drücken, weil Verzug in der Zahlung der ordentlichen Beiträge den Verlust des Stimmrechtes in der Vollversammlung mit sich bringt - und dem wird sich Moskau kaum aussetzen wollen.

#### Die Krise um Berlin

Und vielleicht soll man, bevor man die ganze afro-asiatische Gruppe irrtümlicherweise als "moskau-hörig" verdammt, auch daran denken, daß zu Sessionsbeginn in der Generalaussprache die Mehrzahl der Sprecher dieser Gruppe auf die Krise in Berlin zu sprechen kam und sich dabei zum meist für das Selbstbestimmungsrecht der Berliner Bevölkerung einsetzte, was man in den Außenministerien der interessierten Mächte sehr wohl gehört hat. Das waren zum Teil die gleichen Länder, die privat bei Gesprächen über den Fall Goa durchblicker ließen, daß sie im Grunde über Indiens Verhalten genau so entsetzt sind wie die Europäer, - nur mit dem Unterschied, daß sie diesem Befremden nicht offen Ausdruck zu geben wagen, um die "Einheit der anti-kolonialen Front" nicht zu brechen.

Trotz des schweren und düsteren Schattens dieser Gockrise ist aber dennoch offensichtlich die Gesamtbilanz der Session keineswegs negativ. Der deprimierende Ausruf eines westeuropäischen Delegierten, nach Indiens Friedensbruch sei die "JFKO kaputt", ist wohl verständlich und begreiflich; aber sofern man nicht das Kind mit dem Bade ausschütten will, soll man ein solches Urteil nicht generalisieren. Die Märker im Kreni haben mindestens ebenso viel Grund, mit den Beschlüssen der Versammlung unzufrieden zu sein, wie die Leute des Westens. Moskaus Einschüchterungsversuche mit der Super-Megatonnen-Bombe haben nur sehr begrenzte Resultate gebracht, aber wenn immer aus dem Westen eine klare, fortschrittliche, nicht durch überalterte Kolonialparolen getriebene Stimme der Vernunft kam, haben sich die afro-asiatischen Länder dieser Stimme nicht verschlossen.

Menetekel für Salazar

Zum Putsch in Portugal

Von Eberhard Dingels

Der Putsch des Hauptmanns im Generalstab Gomez gegen das diktatorische Regime Salazars in Portugal scheint gescheitert zu sein. Der Grund hierfür liegt wahrscheinlich nicht nur in der mangelnden technischen Vorbereitung des Unternehmens, sondern auch in der Apathie, die weite Teile der Bevölkerung, darunter auch die oppositionell eingestellten Kräfte, ergriffen hat. Hierzu kommt, daß die indische Militäraktion gegen Goa innerhalb Portugals eine Welle des Nationalismus hervorgerufen hat, der sich das Regime Salazar sehr geschickt bedient.

Das alles jedoch sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Unbehagen an Salazar in Zukunft eher zu- als abnehmen wird. Man wird damit rechnen müssen, daß Putschversuche von der Art des Hauptmann Gomez die weitere Entwicklung Portugals bestimmen werden.

Die Frage, die sich hierbei stellt, ist: Wie lange wird die Armee, die bislang treueste Stütze des alternden Diktators war, ihre Rolle als Polizeihund der Diktatur weiterspielen. Ohne Zweifel fühlen sich die meisten Generale dem Regime, das ihnen Rang und Würde gab, verbunden. Jedoch dürften unter den jüngeren Offizieren, und selbst bei denen, die in Salazar und seiner Diktatur bisher die einzig mögliche Form portugiesischer Souveränität sahen, angesichts der schlechten inneren und äußeren Lage des Landes gewisse Zweifel an der Richtigkeit des Salazar-Kurses auftauchen.

Die Niederlage, die Portugal in der Goa-Frage erlitten hat, kann sehr leicht zu einem Wendepunkt der Salazar-Diktatur werden, falls die westlichen Demokratien dem NATO-Partner Salazar jede Möglichkeit zur psychologischen Kompensation für den Verlust der indischen Kolonie innerhalb der westlichen Allianz nehmen.

Mehr denn je ist Salazar von seinen Verbündeten abhängig. Und selbst wenn es ihm gelingt, für einige Zeit den portugiesischen Patriotismus für sein Regime auszunützen, wird der Katzenjammer nicht ausbleiben. Ob aber aus einer dann folgenden innenpolitischen Krise die Wiederherstellung der demokratischen Freiheit in Portugal folgen wird, hängt von der gesamten Haltung des Westens gegenüber dem Regime ab. Denn jeder Versuch der portugiesischen Opposition, die Diktatur in eigenen Lande zu stürzen, bedarf zumindest der moralischen Unterstützung der westlichen Welt.

Ein Salazar, der sich bei all seinen Aktionen zu Recht oder zu Unrecht auf seine NATO-Verbündeten berufen kann, ist schwer zu überwinden.

### Antieuropäisches Paragrafengestrüpp

sp - Das neue Zollgesetz, die "Allgemeine Zollordnung", welche am 1. Januar 1962 in Kraft trat, hat beiderseits der deutsch-dänischen Grenze unter der Bevölkerung einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Man fragt sich, ob die Bundesregierung mit dieser Zollordnung beabsichtigt, einen noch tieferen Graben zwischen der Bundesrepublik und Dänemark auszuwerfen.

Die neue Zollordnung wirkt auch deshalb so grotesk, weil Dänemark schon im Juni jedem Einreisenden erlaubte, Waren im Werte von 350 Kronen zollfrei einzuführen, wobei nach der Warenart überhaupt nicht mehr gefragt wird. Demgegenüber bringt die neue Zollordnung der Bundesregierung für die Grenzbevölkerung im Norden Schleswig-Holsteins so erhebliche Nachteile, daß man eigentlich nur noch von Apothekerbestimmungen sprechen kann. Die Verbraucherverbände südlich der Grenze und die Einzelhandelsorganisationen nördlich davon haben bereits lauthals protestiert.

Vor allem wird es vom 1. Januar ab für den Zollgrenzbezirk, also die Land- und Stadtkreise südlich der Staatsgrenze keine Kleinkarten mehr geben. Diese Kleinkartenkarte wurde aber bisher von 110 000 Bewohnern des Grenzlandes - meist Leute mit geringerem Einkommen - in Anspruch genommen. Nach dieser Karte durften monatlich zwei Pfund Butter bei geringer Verzollung sowie zwanzig Zigaretten oder andere Tabakwaren und schließlich Tee und Kaffee zollfrei eingeführt werden.

Künftig ist demgegenüber lediglich noch die Einfuhr von zwei Pfund Butter gegen Verzollung im Monat gestattet. Wie man hört, beabsichtigt aber das Landwirtschaftsministerium in Bonn auch diese kleine Vergünstigung zu verbieten.

Den Zollbeamten an der Grenze ist ein Katalog mit zahlreichen Paragraphen sowie Gramm- und Pfennigangaben ausgehändigt worden, wonach sie zu verfahren haben. Um das Ganze noch weiter zu verkomplizieren, hat das Bundesfinanzministerium auch noch besondere Dienstweisungen als Ergänzung zur allgemeinen Zollordnung angekündigt. Da wird dann sage und schreibe in § 47 bestimmt, daß die Bewohner der deutschen Zollgrenzbezirke aus dem gegenüberliegenden dänischen Zollausland zwei Zigarren oder fünf Zigaretten oder zehn Gramm Rauchtabak (mit zehn Zigarettenhülisen oder zehn Zigarettenblättern) oder ein Stück Kautabak oder zehn Gramm Schnupftabak zollfrei einführen dürfen. Für jede Zigarre



•der Zigarette, die darüber hinausgeht, ist Zoll zu entrichten. Für eine Zigarette sind es etwa neun Pfennige.

Man könnte noch seitenlang weiter aus dem Paragraphenwust zitieren, der letztlich doch nur geeignet ist, die Bevölkerung zu drangsalieren und die gutnachbarlichen Beziehungen über die Staatsgrenze hinweg zu trüben. Schließlich bleibt die Frage, ob denn nicht der Verwaltungsaufwand für diese neue Meisterleistung einiger Fachbürokraten die nach Pfennigen zu berechnenden Zolleinnahmen übersteigen wird. Vielleicht könnte hier eine Anfrage im Bundestag einmal Licht in das antieuropäische Paragraphengestrüpp bringen.

+ + +

#### Übrichts Offenbarungseid

Hilf: - Der Spitzbart hat zu Neujahr kleine Brötchen gebacken. Übriicht, "Vorsitzender des Staatsrates" der Sowjetzone, gab in seiner Sylvester-Ansprache zum x-ten Male den "Revanche-Politikern" und ausländischen Besitzern" die Schuld am Mauerbau, gab aber auch zu, daß die Mauer "auch Einwohnern der DDR und Ost-Berlins Ungelegenheiten bereitet" habe - was wohl das Mindeste ist, das man sagen kann. Darüber hinaus gab er zu, daß die Kommunisten 1961 "nicht alles erreicht" haben, was sie sich vorgenommen hatten. Der Abschluß eines Friedensvertrages und die Umwandlung West-Berlins in eine "freie" Stadt blieben daher Aufgaben von höchster Dringlichkeit, aber auf einen Termin legte sich Übriicht nicht fest.

Den eigentlichen Offenbarungseid seiner Politik leistete er in einem "Prawda"-Artikel zum Jahreswechsel. Hier suchte er die Mauer dadurch zu rechtfertigen, daß "die offene Grenze zum imperialistischen Block" die Zone vor ernste Probleme gestellt habe. Er gibt dann in aller Offenheit und zum ersten Mal zu, daß die Trennmauer durch Berlin nicht gegen "westliche Provokateure", sondern zur Eindämmung einer für die Sowjetzone katastrophalen Fluchtbewegung errichtet wurde. Die Flucht von Arbeitskräften in die Bundesrepublik habe die Wirtschaft der Sowjetzone bisher über 40 Milliarden Mark gekostet, was beinahe 40 Prozent des Volkseinkommens von 1961 seien. Übriicht wird aber von Tag zu Tag mehr erkennen müssen, daß die Mauer sein Problem nicht löst. Seit dem 13. August gibt es für Zorn und Verzweiflung kein Notventil mehr. Der Druck staut sich auf und komprimiert sich vor den Zwingburgen der gegenwärtigen SED-Führung. Das weiß man in Moskau und das spürt Übriicht. Er weiß auch, daß jedes Nachlassen des Terrors ihr hinwegspülen könnte. Er brüstet sich in der "Prawda" mit "Erfolgen", nicht zuletzt mit Erfolgen im Kampf gegen die "Opposition in den Reihen der SED" und verspricht, der Marxismus-Leninismus "schöpferisch" anzuwenden... Sein hilfloses Gestärme kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Übriichts Stellung auf schwankendem Boden beruht.

\* \* \*